



5/2018

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

warten auf den Sonntag, warten auf die SPD. Das Motto der Woche war wieder das gleiche wie in den letzten Wochen. Und trotzdem hat sich in den letzten Tagen viel getan.

Am vergangenen Sonntag verkündete die geschäftsführende Kanzlerin den CDU-Teil der Kabinettsliste. Die gute Nachricht: An die Spitze des zukünftig wieder durch die CDU geführten Wirtschaftsministeriums soll Peter Altmaier rücken. Das ist gut. Denn es braucht einen erfahrenen Politiker, um das Wirtschaftsressort zum Erfolg zu führen und die CDU damit wieder zur Partei der Ordnungspolitik und der Sozialen Marktwirtschaft zu machen. Bürokratieabbau, Förderung von Innovationen und starke Investitionen in die Ausbildung. Das sind die Themen, die dem Handwerk, dem Mittelstand und den Freien Berufen auf den Nägeln brennen und die wir angehen müssen. Dafür muss sich der Wirtschaftsminister aber auch klar dagegen stemmen, wichtige Themen in andere Ministerien auszulagern.

Die andere Seite der Medaille ist aber eine bittere Pille für den Osten. Am Kabinettschisch wird kein Minister aus den Neuen Bundesländern sitzen. Ich halte das für einen großen Fehler und für nicht akzeptabel. Deutschland ist ein föderales Land. 20 Prozent der Bevölkerung lebt in den Neuen Bundesländern. Das muss sich auch in der Zusammensetzung der Regierung widerspiegeln. Da hilft es auch nicht, dass es wieder einen Ostbeauftragten geben wird, die Kanzlerin aus Ostdeutschland kommt oder Peter Altmaier als Wirtschaftsminister die Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer vorantreiben will. 27 Jahre nach der Wiedervereinigung ist diese Entscheidung nach meiner Sicht ein Armutszeugnis für die mögliche Große Koalition. Enttäuschte Wähler aus dem Osten können so nun wahrlich nicht zurückgeholt werden. Es geht nicht um eine Ost-Quote, es geht um Gleichberechtigung.

In der Hoffnung auf einen Sonntag mit guten Nachrichten wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Zum Internationalen Weltfrauentag am 8. März 2018. Anlässlich des Internationalen Weltfrauentages fand in dieser Woche eine vereinbarte Debatte statt. Der internationale Weltfrauentag ist Auftrag und Ansporn zugleich. Er mahnt uns, bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland über das Erreichte hinaus noch weiter voranzukommen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt. Dem öffentlichen Dienst etwa kommt bei der Gleichstellung eine Vorbildfunktion zu. Die CDU/CSU-Fraktion will deshalb die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen. Zudem gilt es die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen. Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräften ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt. Für die Union geht die tatsächliche Gleichstellung Hand in Hand mit mehr Familienfreundlichkeit in unserem Land. Beides voranzubringen ist unser Ziel.

Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses. Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion wurde der erste Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode eingesetzt. Er soll das Handeln der zuständigen Behörden vor dem Attentat am 19. Dezember 2016 auf dem Breitscheidplatz in Berlin gerade im Hinblick auf den Attentäter Amri und sein Umfeld aufklären. Ferner soll der Untersuchungsausschuss Empfehlungen für die künftige Arbeit von Behörden aber auch für die Betreuung von Hinterbliebenen und Opfern geben.

Einsetzung mehrerer Gremien und Wahlen ihrer Mitglieder. Auf Grundlage fraktionsübergreifender Anträge hat der Deutsche Bundestag verschiedene Gremien zur Kontrolle bzw. Begleitung spezifischer Bereiche der Regierungsarbeit eingesetzt und deren Mitglieder gewählt. Diese Gremien sind wichtiger Bestandteil der Parlamentsarbeit. Eingesetzt wurde etwa das Vertrauensgremium nach der Bundeshaushaltsordnung, dem der Deutsche Bundestag die Bewilligung von Ausgaben übertragen kann, die der Geheimhaltung unterliegen. Ebenfalls



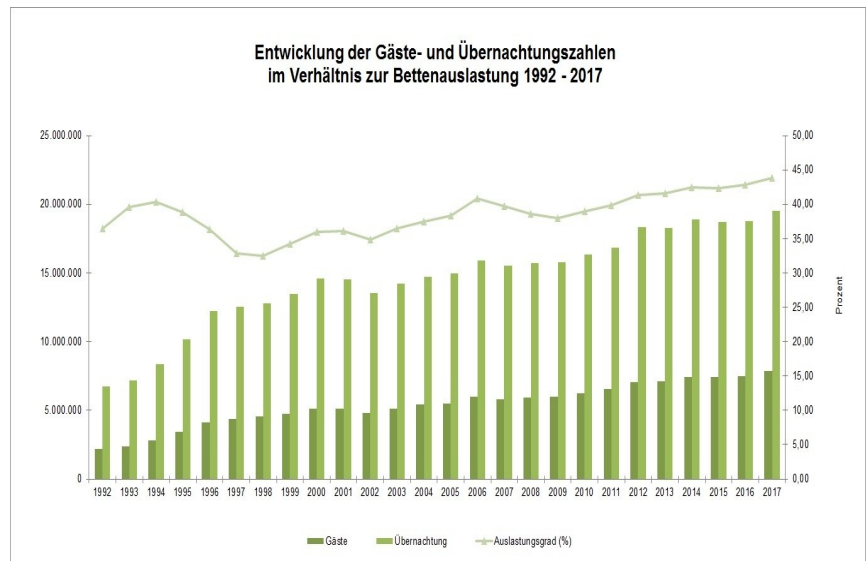
© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

eingesetzt wurde das Sondergremium im Sinne des Stabilisierungsmechanismusgesetzes, welches die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages im Rahmen des Europäischen Stabilisierungsmechanismus wahrnimmt. Weiterhin wählten die Abgeordneten des Bundestages die Mitglieder für im Grundgesetz vorgesehene Gremien: für den Gemeinsamen Ausschuss gemäß Art. 53a GG, der im Verteidigungsfall relevant wird, sowie für den Ausschuss nach Art. 13 Abs. 6 GG, der auf Grundlage der Berichte der Bundesregierung zur akustischen Wohnraumüberwachung die parlamentarische Kontrolle in diesem Bereich ausübt.

Den INF-Vertrag als Grundpfeiler atomarer Sicherheitsarchitektur und Kernelement europäischer Sicherheit erhalten. Mit dem gemeinsam mit der SPD eingebrachten Antrag forderte die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, sich für die Bewahrung des „Intermediate Range Nuclear Forces Treaty“ einzusetzen. Der seit 1987 zwischen den USA und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bestehende Vertrag verpflichtet die Vertragsparteien zur vollständigen Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen (Reichweite zwischen 500 und 5.500 km). Für die atomare Sicherheitsarchitektur und die europäische Sicherheit ist er von erheblicher Bedeutung. Angesichts von Hinweisen auf russische Tests von Mittelstreckenraketen setzt sich Deutschland für den Erhalt des INF-Vertrages und der Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur ein. Der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrennens auf dem europäischen Kontinent stellen wir uns damit entgegen.

2017 war ein erfolgreiches Jahr für den sächsischen Tourismus. Mit 7,9 Millionen Gästeankünften und 19,5 Millionen Übernachtungen begrüßte Sachsen so viele Gäste wie noch nie. Landesweit haben sich die Gästezahlen in den letzten 26 Jahren mehr als verdreifacht, die Übernachtungen fast verdreifacht. Das Reiseland Sachsen ist damit deutlich beliebter geworden. Und auch die **Zufriedenheit der Gäste ist so hoch wie nie**. So kurz vor der Internationale Tourismus-Börse sind das wirklich gute Nachrichten.

Neben den beiden Großstädten Dresden und Leipzig liegt das Erzgebirge an dritter Stelle beim Übernachtungsaufkommen. Über die größten Zuwächse in den Regionen konnten sich die Sächsische



Schweiz und das Vogtland freuen. Erfreuliche Steigerungsraten gab es auch im Sächsischen Elbland und in der Region Leipzig. Schließlich konnte 2017 auch die Oberlausitz ihr bisher bestes Ergebnis erzielen. Das zeigt: Die Investitionen in den Ausbau der touristischen Infrastruktur haben sich ausgezahlt, **Sachsen kann sich durchaus mit den alten Bundesländern messen**.

Urlaub ist aus Sicht des Gastes natürlich immer erst einmal die schönste Zeit des Jahres. Kaum eine andere Nation der Welt ist so reisefreudig wie wir Deutschen. Diese Reisefreudigkeit spiegelt sich dann aber auch in der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus wider. Das gilt auch für Sachsen, Tourismus ist hier ebenso ein nicht weg zu denkender **Wirtschaftsfaktor**.

Der **Tourismus in Sachsen** erwirtschaftet jährlich einen **Gesamtumsatz von etwa 7,8 Mrd. Euro**. Der touristische Beitrag zum Steueraufkommen beläuft sich auf 750 Mio. Euro. Damit ist der Tourismus aber nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern **auch Jobmotor** für Sachsen. Er schafft in vielen Branchen neue Arbeitsplätze und erhält bestehende Stellen. Insgesamt sichert die touristische Nachfrage rund 188.000 Menschen im Land direkt und indirekt Beschäftigung. Für manche Regionen und Kommunen bildet die Tourismuswirtschaft sogar das wirtschaftliche Rückgrat.

Der Erfolg der Branche beruht auf einem **sehr hohen Maß an Innovationsfähigkeit**. Die Tourismuswirtschaft muss immer wieder neue Reisetrends erkennen bzw. neue Akzente setzen. Damit der sächsische Tourismus auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt, müssen weitere Anstrengungen und Investitionen erfolgen.

- Der Wettbewerbsdruck nimmt weiter zu, einzigartige Erlebnisse mit Nacherzählungswert gewinnen an Stellenwert. **Erlebnisinnovation wird zum Erfolgsfaktor**.
- Fragen der **Unternehmensnachfolge und Fachkräftemangel** sind auch in der Tourismusbranche bereits Realität. Mit fast 90 Prozent ist die Mehrheit der Betriebe im Gastgewerbe inhabergeführt. Knapp 42 Prozent dieser Betriebe sehen bereits heute ein Nachfolgeproblem auf sich zukommen.
- **Ohne Mobilität kein Tourismus**. Eine gute Erreichbarkeit, eine funktionierende Wege-Infrastruktur und leistungsfähige Mobilitätsangebote sind essentiell.

Aufgabe der Tourismuspolitik ist es, hierfür die passenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu gestalten – für die Wirtschaft und den Verbraucher.

BEGEGNUNGEN



Im Rahmen der ersten **Handelspolitischen Runde** der neuen Wahlperiode hat **Dr. Christian Burgsmüller, deutsches Mitglied im Kabinett der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström** über aktuelle handelspolitische Entwicklungen auf europäischer Ebene informiert. Dazu zählten die laufenden Verhandlungen der EU über Freihandelsabkommen mit Mexiko und Japan. Darüber hinaus diskutierten ich mit Dr. Burgsmüller über die Rolle des Deutschen Bundestages bei den genannten Abkommen.

Beim **Mitgliederforum** hat die Sächsische Union eine engagierte Debatte zum Koalitionsvertrag erlebt. Viele verschiedene Meinungen wurden ausgetauscht, über das Für und Wider des Verhandlungsergebnisses debattiert. Beim **30. Bundesparteitag** der CDU Deutschland stand dann die Abstimmung an. Dabei waren auch 30 Vertreter aus Sachsen, ich war einer von ihnen. In der Aussprache wurde deutlich, dass die CDU ihr **Profil schärfen und vor allem wieder sichtbarer machen** muss.



Beim **Parlamentarischen Abend der Bundesingenieurkammer** in Berlin traf ich Rolf Rau, Sprecher der Ingenieurkammer Sachsen (2.v.r.) und Prof. Dr. Hubertus Milke, Präsident der Ingenieurkammer Sachsen (rechts). Wir sprachen u.a. über die **Zugangsvoraussetzungen für ein Ingenieursstudium in Sachsen** und die spätere Anerkennung des erlangten Abschlusses auf dem Arbeitsmarkt.



In dieser Woche konnte ich die erste **Besucherguppe** der neuen Wahlperiode in Berlin begrüßen. Es ist immer wieder schön, wenn sich die Menschen für das Geschehen im Berliner Politikbetrieb interessieren. In der **Diskussionsrunde** sprachen wir über meine **Anfangszeit als Abgeordneter**, aber natürlich auch über die **aktuelle politische Situation** in Berlin. Neben dem Besuch des Bundestages standen u.a. ein Besuch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und eine ausführliche Stadtrundfahrt auf dem Programm.

TERMINE

05.03.2018, Dresden

Besuch der Verbraucherzentrale

05.03.2018, FH Dresden

Denkfabrik Sachsen "Visionen für Sachsen 2030"

07.03.2018, Wahlkreisbüro

Bürgersprechstunde

08.03.2018, Messe Berlin

Sachsentag auf der ITB

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb